

Erscheint alle 14 Tage.
Verteilspreis
1,50 Mk.
Zu beziehen im Verlag
„Die Eiche“, Berlin
NO 55, Greifswalder
Straße 222.

Die Eiche

Anzeigen für die sechs-
gespaltene Beilagen
20 Bfg.
Arbeitsmarkt 15 Bfg.
Ortsvereinsanzeigen
10 Bfg.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (G.-V.)

Nr. 49/50

Berlin, den 12. Dezember 1930

41. Jahrg.

Fernsprechamt
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an B. Volkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmte Postschreiben sind zu adressieren: Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222. Sämtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222, Postcheckk. 39321 beim Postcheckamt Berlin NO 55.

Fernsprechamt
Alexander 4719

Die Welle des Lohn- und Gehaltsabbaues.

Im Gegensatz zu der ungeheuren Beschäftigungslosigkeit im Handwerk und Industrie, herrscht im Reichsarbeitsministerium und in den Schlichtungsausschüssen Hochkonjunktur. Adam Stegerwald, der ehemalige Gewerkschaftsführer, hat nicht umsonst die Mahnung an die Unternehmer gerichtet, dieselben überhäufen ihn jetzt so mit Aufträgen, mehr wie ihm vielleicht lieb ist, doch es bewahrheitet sich auch hier das Wort: „Die Geister, die er rief, die wird er nimmer los“. Der Auftrag von Deynhausen trägt einen bitteren Beigeschmack, von dort treibt eine Welle über das ganze Reich, über sämtliche Industrie- und Gewerbegebiete, alles mit sich reißend, was nicht nie- und nagelfest ist. In diesem Wellengang tauchen verschiedentlich Fragezeichen über Ankurbelung der Wirtschaft, Stärkung der Kaufkraft, Preislenkung? auf, aber alle die Zeichen werden von der Welle des Lohn- und Gehaltsabbaues verdrängt. Dem wohlverstandenen Winke des Reichsarbeitsministers folgend haben die Unternehmer Massenentlassungen der Tarifverträge und Lohnabkommen vorgenommen, ohne Ausnahme der Berufe oder Gewerbegebiete vom Kartoffelhändler bis zum Großindustriellen. Stegerwald schreckt auch nicht davor zurück, die Allgemeinverbindlichkeit eines Lohnabkommens aufzuheben, wenn es sich um Lohnabbau handelt. Dies tritt bei den Berliner Kartoffelhändlern ganz kraft in die Erscheinung. Die Verbindlichkeit des für diese Branche geltenden Lohnabkommens ist mit der Begründung aufgehoben worden, daß die dort z. B. geltenden Löhne zu hoch seien. Hierbei muß in Betracht gezogen werden, daß es sich um eine besonders schwere anstrengende Beschäftigung handelt und man es mit einem Saisongewerbe zu tun hat. Hinzu kommt, daß die organisierten Kartoffelhändler an den Tarif gebunden sind, die Aufhebung der Verbindlichkeit lediglich den Außenstehern zugute kommt. Diese Maßnahme des Reichsarbeitsministers hat selbst die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften auf den Plan gerufen. „Der Deutsche“ übt in seiner Nr. 283 der Zeitung scharfe Kritik an dem amtlichen Lohndruck. Auf der Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin, hätte der Reichsarbeitsminister erklärt, die Schlichter wären angewiesen, ihre Schiedsprüche nicht so zu fällen, daß dabei ein genereller schematischer Lohnabbau herauskomme. Diese Anweisung — so erklärte der „Deutsche“ — ist anscheinend den Schlichtern überhaupt nicht durchgegeben worden. Nach wie vor habe es schematische Schiedsprüche, die einen Lohnabbau vorsehen. Dagegen gebe es Schiedsprüche mit Lohnerböhrungen überhaupt nicht und ebenso wenig sehe man irgendwo einen Schiedspruch, der alles beim alten lasse.

Der „Deutsche“ geht dann auf das Mißverhältnis zwischen den Lohnsenkungen auf der einen Seite und dem Preisabbau und der gesteigerten Arbeitsleistung auf der anderen Seite näher ein, er erinnert daran, daß doch dem Reichsarbeitsministerium in besonderem Maße der Schutz der menschlichen Arbeitskraft anvertraut ist, und führt dann aus: „Mit Fug und Recht muß deshalb gerade von ihm erwartet werden, daß der heutige Kurs baldmöglichst eine Wendung erfährt. Insbesondere aber darf die Arbeiterschaft erwarten, daß die Periode des amtlichen Lohnabbaus bald ein Ende nimmt. Die Untergrabung der Gesundheit und des Lebensglücks des Arbeiters findet nach den bisherigen Erfahrungen im staatlichen Schlichtungswesen die beste Hilfe. Leider kommen auch aus dem Reichsarbeitsministerium selbst Nachrichten, die keineswegs erkennen lassen, daß man sich hier von der notwendigen Einsicht leiten läßt.“

Das ist ohne Zweifel eine harte, aber gerechte Kritik, doch darf man dieselbe nicht so tragisch nehmen. Nach außen hin rebelliert man, innerhalb der Bewegung hält man diesem Mann die Steigbügel.

Der Reichsarbeitsminister vertritt bekanntlich seit längerer Zeit den Standpunkt, daß die Gehalts- und Lohnerböhrungen bis Ende 1927 in jeder Beziehung gerechtfertigt gewesen wären, daß sie aber seitdem über das

volkswirtschaftlich berechnete Maß hinaus gestiegen wären. Dem Minister schwebt hier offenbar die Reform der Beamtenbesoldung vor, die damals besonders für die mittleren und höheren Beamten eine ganz wesentliche Aufbesserung brachte. Er hat seine diesbezüglichen Gedanken in einer Broschüre festgelegt. Soweit seine Anschauungen die Besoldung der höheren und mittleren Beamten betrifft, kann man dieselben teilen. Den größten Widerspruch muß es jedoch herausfordern, wenn er diese Beamtengehälter in Parallele mit den Löhnen und Gehältern zieht. Dem ehemaligen Gewerkschaftsführer kann es jedoch nicht unbekannt geblieben sein, daß die in solch großem Umfange eingeführte Kurzarbeit das Einkommen doch ganz gewaltig schmälert. Aber auch selbst bei Vollarbeit der Verdienst nicht so hoch ist, um einen Lohn- und Gehaltsabbau zu rechtfertigen. Hinzu kommt noch die Frage der Preislenkung. Es wird wohl ewig das Scheitern von Adam Stegerwald bleiben, wie er durch einen Lohnabbau eine Preislenkung herbeiführen will.

Die Folgen dieser, durch nichts zu rechtfertigenden Politik machen sich bereits überall bemerkbar. Eine Erregung hat die Massen ergriffen, die kaum noch zu dämmen ist. Plünderungen der Geschäftsläden gehört nicht mehr zu den Seltenheiten, die Polizei ist dauernd in Alarmbereitschaft. Ueber Unruhen und Zusammenstöße wird täglich berichtet. Es wäre verfehlt, alle diese Unruhen auf das Konto der Kommunisten zu schreiben. Gewiß ist mancher Zusammenstoß auf das Konto politischer Drahtzieher zu setzen, doch darf nicht verfehlt werden, daß die Notverordnung über die Krankenschein- und Arzneigebühren, sowie die Propagierung des Reichsarbeitsministers für Lohnabbau auch in den gemäßigtesten Arbeitnehmerkreisen eine tiefe Erbitterung hervorgerufen hat. Der Ministerpräsident Braun hat nicht ganz Unrecht, wenn er in Bielefeld in einer Versammlung sagt, es ist außerordentlich schwer, zu den Massen heute zu reden. Ja, die Massen können und wollen heute nicht mehr mit Worten und Schriften abgeseigt werden, sie empfinden instinktiv, daß man ständig versucht, die Lasten auf ihre schwachen Schultern abzuwälzen, während man ruhig zusieht, wie andere Kreise im Luxus schwelgen. Glaubte der Reichsarbeitsminister, die Arbeitgeber wären zu den Massenentlassungen der Lohnabkommen und Tarifverträge übergegangen, wenn sie nicht von ihm aufgefordert, bezw. ermutigt wären. Einsichtige Unternehmer wissen genau und sprechen es offen aus, daß diese Politik des Lohn- und Gehaltsabbaues sich früher oder später rächen muß, das müßte ein Arbeitsminister, der auch einmal an der Nobelbank gestanden hat, erst recht wissen.

Die Welle der Erregung greift immer weiter um sich, Hunger und Elend nimmt immer härtere Formen an, für die Dauer wird und muß auch der Hummelnippel versagen, Hunger kennt keine Grenzen. Das scheint auch bereits der preussische Innenminister Severing eingesehen zu haben, der zur Linderung der Not, die Beschaffung von Notspeisungen empfiehlt. Wir wollen nicht verkennen, daß man von dieser Stelle bemüht ist, der allgemeinen Not zu steuern, aber man wird auch nicht verkennen, daß diese Maßnahmen des Charakters der Wohltat nicht entkleidet werden können. Die Arbeitnehmer wollen keine Wohltat, sie wollen Arbeit und Recht.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, daß man die bisherige Politik des Lohn- und Gehaltsabbaues verläßt, die nur geeignet ist, die Kaufkraft der Massen zu vermindern und dadurch das Heer der Arbeitslosen zu vermehren. Wir verkennen nicht, daß die Lösung dieses Problems manchen Schwierigkeiten begegnet. In Erkenntnis dieser Dinge haben die Spitzenverbände wiederholt Wege gezeigt, die man jedoch bisher nicht beschritten hat. Die jetzt, wenn auch noch nicht in großem Umfange bestehenden Unruhen, die sehr leicht eine gewaltige Erweiterung erfahren können, sind nicht dazu angetan, unser Ansehen und unsern Kredit im Ausland zu stärken. Sie sollten jedoch für alle verantwortlichen Regierungskreise ein deutliches Warnungszeichen sein, daß man den bisherigen Weg der Lohn- und Gehaltspolitik schmerzhaft verlassen muß, zumal man in der Preislenkung vollständig bisher Fiasko gemacht hat.

Der harte Kampf um das Dasein.

Wer aufmerksam die Tagespresse verfolgt, der wird mit erster Sorge feststellen müssen, daß der tägliche Kampf um das Dasein immer härtere Formen annimmt. Selbstmorde aus Verzweiflung sind Bestimmungen, denen nicht immer die notwendige Beachtung geschenkt wird. Wieviel Not und Entbehrung verdrängt sich hinter den wenigen Zeilen, wenn berichtet wird, daß eine 15-jährige Witwe bei einem Kampfe gegen den ablehnenden Bescheid einer Wohlfahrtsunterstützung einen Selbstmord erlitt, oder wenn sich ein junger arbeitssüchtiger Mann aus Verzweiflung vor den Eisenbahnen wirft, oder eine Frau in ihrer Not sich aus dem Fenster stürzt. Im allgemeinen geht die große Masse des Publikums über solche Berichte zur Tagesordnung über und doch sind dieselben ein beachtenswertes Warnungszeichen. Voraus auf der einen Seite, tiefstes Elend auf der anderen Seite schaffen eine Stimmung der Erbitterung, die sich bereits in Geschäftsplünderungen Luft macht.

Wir verkennen die Finanznot des Reiches, der Länder und der Kommunen keineswegs, können es jedoch nicht verstehen, daß man ständig versucht, Abzüge an dem Einkommen der Kernsten vorzunehmen, während man auf der anderen Seite geradezu sittliche Gebälter zahlt. Nehmen wir uns z. B. die Verhältnisse in der Berliner Verkehrs-Gesellschaft an. Dort hat man die Gehälter der Direktoren nach einem Abstrich von 50 Prozent auf 48 000 RM. festgesetzt nebst dementsprechender Pension. Auf der anderen Seite werden Schaffner und Fahrer abgebaut, weil angeblich die Bahn sich nicht rentiert. Die Leidtragenden sind natürlich die Fahrgäste. Es ist geradezu erstaunlich, welche Gebuld das Publikum aufbringt, das sich trotz erhöhter Fahrpreise in den Straßenbahnwagen wie Herde empfinden lassen muß, nur weil durch Abbau des Personals die Wagen oft ohne Anhänger fahren. Wären 1000 RM. pro Monat für einen Direktor nicht genug, konnte für das andere Geld nicht das Heer der Arbeitslosen vermindert oder die Not der Armen gelindert werden. Die Stadtgemeinde Wuppertal zahlt ihrem Oberbürgermeister und 31 000 RM., während der auktionsführende preussische Regierungspräsident nur auf 18 000 RM. kommt. Die Referenten des Stadtoberhauptes beziehen als Beigeordnete 18—24 000 RM., die Regierungspräsidenten als Oberregierungsräte höchstens 10 000 RM. In derselben Stadt wird die Hundesteuer von einem Tierinspektor mit 7000 RM. Gehalt bearbeitet, ein Steuerassistent bei den Finanzämtern mit vergleichbarer Tätigkeit erhält als Endgehalt 3 420 RM. Die Stadt Bochum beschäftigt 57 leitende Beamte, die dortige Oberpostdirektion nur 4. Die Post beschäftigt dort weiter 83 gehobene mittlere Beamte, während die Stadt deren 575 beschäftigt. Die Zahl der Beamten insgesamt ist beiderseits gleich, rund je 1200. Dafür zahlt die Post jährlich 3,1 Millionen RM. Gehalt, die Stadt Bochum aber 6 640 000 Reichsmark. Man könnte deren Beispiele noch Dutzende anführen. Auffallend ist, daß man sich mit diesen Tatsachen viel zu wenig beschäftigt. Als f. B. die Reichs- und Staatsbesoldungsordnung durchgeführt wurde, die eine ganz wesentliche Aufbesserung der Gehälter mit sich brachte, da gingen Kommunen wie Berlin und andere Städte dazu über, weit höhere Gehaltsätze einzuführen, als das Reich, ganz abgesehen davon, daß man auch eine Umgruppierung der Gehaltsstufen vornahm. Unter der Finanznot der Kommunen leiden auch unsere Kollegen. Bei der langanhaltenden Arbeitslosigkeit werden tausende von Kollegen bei der Arbeitslosenunterstützung ausgereizt, erhalten keine Familienunterstützung mehr, sind daher lediglich auf die Wohlfahrtsunterstützung angewiesen. Dann zahlt man an Familienväter 5—7 RM. die Woche, wie in dem „Notkreuz“ aus Schlesien f. B. in der „Eiche“ klar gelegt wurde. Hinzu kommt, daß durch die Finanznot der Gemeinden dieselben keine Notstandsarbeiten ausführen lassen können. Wir haben daher an der Gesundung der Kommunen das regste Interesse und unsere Kollegen sollten sich damit diesen Fragen mehr wie bisher in ihren Versammlungen beschäftigen. Wir sind natürlich nicht der Auffassung, daß lediglich allein durch eine gerechte Gehaltsfestsetzung die Finanznot behoben werden kann, hier spielen noch eine Reihe anderer

ist von Arbeitgeberseite gekündigt worden, Dr. Schild kann sein Spiel von vorne anfangen, der Tischlerinnungsverband von Hannover kann sich bei dieser Größe für seine wohlverdiente Niederlage beklagen. Wir wollen Dr. Schild noch daran erinnern, wie er bis zum letzten Augenblick die Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in dem Glauben ließ, die von ihm verlangte Vollmacht zur Verhandlung zu haben, um nach Fällung des Schiedspruches dann zu erklären, daß er keine Vollmacht gehabt hat. Solchen Vertragspartner muß man sich in Zukunft etwas genauer ansehen. Der verdiente Lohn ist nicht ausgeblieben.

Aus den Ortsvereinen.

Augsburg. Die am 29. November abgehaltene Generalversammlung hatte sich erfreulicherweise eines sehr guten Besuches zu erfreuen. Mit aufrichtiger Freude begrüßte der Vorsitzende die Kollegen, sowie den Bezirksleiter Klopfer, den Ortsverbandsvorsitzenden Kollegen Berchtold mit einigen Verbandskollegen. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung gab der Vorsitzende Kollege Seeger den umfangreichen Tätigkeitsbericht, der folgendermaßen lautete:

Ein Jahr ist wieder in die Vergangenheit versunken. Frohen Mutes in voller Hoffnung haben die Kollegen am 30. November in der letzten Generalversammlung unseres Ortsvereins übernommen, was ihnen die Kollegen aufgegeben, den Ortsverein zu leiten und weiter vorwärts zu führen. In den letzten Jahren hat es innerhalb unseres Ortsvereins keine Umwälzungen gegeben. Nur kurze Zeit war es dem Kollegen Klopfer gegönnt, den Vorsitz und die Geschäfte des Ortsvereins zu führen, durch den allzu frühen Tod des Kollegen Barnholt wurde er zum Leiter des süddeutschen Bezirks gerufen. Der Kollege Meier konnte sich nicht entschließen, auf die Dauer den Vorsitz weiter zu führen. So war ich wieder berufen, einzugreifen und das Vertrauen der Kollegen glaube ich im vergangenen Jahre gewährt zu haben. Im besonderen gab es einen Wechsel in der Verwaltung, in dem unser langjähriger, verdienter Kassierer Köhler nicht mehr zu bewegen war, seinen Posten weiter zu führen. Dank und Anerkennung wurde ihm ausgesprochen. An seine Stelle trat der Kollege Karl König. Es muß gesagt werden, mit seltenem Fleiß und Eifer, mit großer Sachkenntnis hat er ein Jahr zur höchsten Zufriedenheit der Kollegenschaft gearbeitet. Ich möchte ihnen nicht vorenthalten, was zur Tätigkeit des Kollegen König unser Hauptvorstand schreibt: Nach einem Bericht des Kollegen Schumacher in der Hauptvorstandsitzung am 29. September 1930 steht geschrieben: im Nachrichtenblatt unserer Organisation: Schumacher berichtet über die Konferenz in Ulm und verweist auf den Bericht, der hierüber in der Eiche erschienen ist. Die Bezirkskasse wurde revidiert und in Ordnung befunden. Desgleichen hat eine Bücher- und Kassierrevision in Augsburg stattgefunden, wobei nicht nur alles einwandfrei, sondern auch eine musterartige und selten überblickliche Führung der Bücher und Eintragungen konstatiert wurde. Kollegen, ich meine, hiermit ist alles gesagt, daß Kollege König voll auf seine Pflicht getan hat. Übrigens haben Sie ja Gelegenheit, seinen erteilten Tätigkeitsbericht persönlich anzuhören. Ebenso die allen Verwaltungsmitglieder Streit und Schuler, sowie die neu eingetretenen Kollegen Reitmeier und Groß standen auf ihrem Posten. Und so haben wir gemeinsam versucht, der Sache im Interesse der Mitglieder gerecht zu werden. Eine Reihe von Sitzungen und Versammlungen waren notwendig, um all das durchzuführen, was an eine Organisation herantritt. Wir sind von der letzten Generalversammlung auseinandergegangen mit dem Wunsch, das kommende Jahr möge ein besseres werden für die gesamte Arbeiterschaft, das heißt, mögen alle Arbeiter aller Berufe wieder Arbeit finden, so wird von selbst wieder mehr Befriedigung eintreten. Die Arbeitslosen-Ziffer häuft sich immer noch mehr an. Das Unternehmertum geht rücksichtslos vor. Sie sind sich einig in ihrem Bestreben, die Organisationen zu zerbrechen, um ihren Herrenstandpunkt voll und ganz durchzuführen zu können. Die Arbeiterschaft dagegen und fast der größere Teil sind tatenlos der Sache gegenüber und so haben wir als fest organisiert noch viel zu tun, um diesem Nebelstande abzuhelfen. Wir haben im vergangenen Jahre 9 Versammlungen abgehalten. Wir haben immer versucht, dieselben auszugestalten mit Vorträgen und sonstigen wirtschaftlichen Vorlesungen. Am 25. Januar war es erstmals unser Bezirksleiter Klopfer, welcher uns einen Vortrag hielt über das Arbeitslosenversicherungsgesetz, seinen Aufbau bis zur Stunde, das heißt damaliger Zeit. Heute mußte Kollege Klopfer den Vortrag bedeutend erweitern auf Grund der Neuverordnung über dieses Gesetz. Auch hierüber haben wir schon Vorträge gehalten lassen und zwar am 26. September durch den Kollegen Berchtold und es war nur schade, daß die Teilnahme an solchen lebenswichtigen Vorträgen nicht bedeutend stärker ist. Am 22. März hielt uns Kollege Gottlieb einen Vortrag über Staatsaufbau und Reichsversammlung. Der Redner selbst gebrauchte schon 2 1/2 Stunden, um uns nur das Allerwichtigste vor Augen zu führen, ein Beweis, wie dringend notwendig es ist, daß auch der Einzelne sich mit so wichtigen Fragen beschäftigt. In einer außerordentlichen Versammlung beschäftigten wir uns mit dem Schiedspruch für die deutsche Holzgewerke, der auf Grund vorhergegangener Verhandlung gefällt wurde. Ich möchte mit dem Punkte nicht länger aufhalten und zwar deshalb, weil unser Bezirksleiter so wie so sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird im besonderen uns heute darauf hinweisen wird, was auf

einen vertragslosen Zustand nun zu geschähen hat. Auch die anderen Versammlungen haben wir versucht, immer interessant zu gestalten. Stoff lag ja immer genug da. Die Stilllegung von Betrieben oder Einschränkungen derselben lieferten Material dazu. Außerdem gaben die Berichte unserer Ortsverbandsvertreter immer Gelegenheit zur festen Tätigkeit und Mitarbeit. 8 Ausschüsse waren notwendig, um immer die notwendigen Vorarbeiten zu treffen und ich kann hier besonders feststellen, daß wir stets in voller Einmütigkeit gehandelt haben. Manch bittere Pille mußte geschluckt werden, doch Mut und Glaube zur guten Sache hat immer wieder zum Gelingen geführt. Eine Betriebsversammlung der Möbel-fabrik Niedinger beschäftigte sich mit den Betriebsratswahlen. Eine eigene Liste wurde eingereicht und mit vollem Erfolg sind unsere Kollegen aus der Wahl hervorgegangen. Durch ihren Eifer und rastlose Agitation brachten sie es fertig, 2 Kollegen in den Betriebsrat zu senden. Leider müssen wir von diesem Betrieb feststellen, daß es nun Tatsache wird, daß die Fabrik-tore geschlossen werden. Nahezu 200 unserer Berufs-kollegen hatten Arbeit und nun liegen sie auf der Straße, für unsere Augsburger Kollegen von besonderer Bedeutung. Die Kollegenschaft im Metallgewerbe, sowie Kollegen in anderen Großbetrieben hielten sich mehr an die von den Metallarbeitern einberufene Betriebsversammlung. Leider kann auch hier nicht Günstiges berichtet werden, in allen Betrieben Kurzarbeit und Entlassungen. Für unsere Mitglieder, in Großbetrieben beschäftigt, haben wir eine eigene Versammlung einberufen. Doch leider die Interessenlosigkeit hat mich davon abgehalten, das regelmäßig zu machen, wie ursprünglich es gedacht war. Von besonders wichtiger Bedeutung war eine Konferenz der Ortsvereine in Süddeutschland, wobei Augsburg durch 4 Delegierte vertreten war. Erfreulicherweise waren es

noch weitere Kollegen mit Frauen, welche der Konferenz beiwohnten. Hierüber hat im besonderen Kollege Maier Bericht erstattet und brauche ich deshalb nicht näher einzugehen. Neben dieser Arbeit, rein für den Ortsverein angenommen, ist von wichtiger Bedeutung die Zusammenarbeit im Ortsverbände. Denn im besonderen die Gemeinschaftsarbeit aller Berufs-kollegen muß es fertig bringen, daß unsere Reihen gestärkt werden und so kann ich Ihnen berichten, daß im Ortsverbände reichlich Arbeit vorhanden war und dieselbe auch gemeistert wurde. 11 Sitzungen und 2 Versammlungen wurden abgehalten. Unsere Spitzenverbände veräumen es nicht, Stoff und Material zu liefern, um es in den Ortsverbänden zu verarbeiten. Von besonderer Bedeutung waren die Gemein-dewahlen, wo es uns gemeinsam mit dem GdL gelungen ist, 2 Vertreter in das Stadtparlament zu senden. Die beiden Vertreter Rieger und Hopf gaben uns die Gewähr, daß sie jederzeit für die Interessen und Belange unserer Bewegung eintreten werden. Am 19. Juli hatten wir Gelegenheit, Kollegen Neustadt-Berlin zu hören, sowie am 4. August unseren Hauptvorsitzenden Kollegen Schumacher. Beide Vorträge trugen sicherlich zur Aufklärung bei. Im Gewerkschaftsring fanden 2 Sitzungen statt. Die erste beschäftigte sich mit den Neuwahlen für den Ring selbst. Die zweite in der Hauptsache mit der Aufstellung der Arbeitsrichter. Auch hierüber wurde schon eingehend berichtet. Weil ich gerade das Wort Arbeitsrichter gebraucht habe, möchte ich gleich anfügen, daß ich als Arbeitsrichter 5 mal am Arbeitsgericht tätig war. Sämtliche Klagen, welche von Seiten der Arbeitnehmer eingereicht waren, konnten zu ihren Gunsten entschieden werden. Nachdem nun unsere Amtstätigkeit am 31. Dezember abläuft, mußten neue Vorschlagslisten eingereicht werden. Die 3 Organisationen haben sich wieder zusammengefunden und so wird es so ziemlich beim alten bleiben. Etwas Be-

Nehmt in der Weihnachtszeit Rücksicht auf Ladeninhaber und Verkaufsangestellte!

Antrag auf Aufrechterhaltung und Ausbau des Früher-Ladenschluß-Gesetzes dem Reichstag zugeleitet!

Der Gewerkschaftliche Presse-Dienst schreibt: Seit Jahrzehnten führen die Angestelltenverbände, und an ihrer Spitze der Gewerkschaftsbund der Angestellten und seine Gründerverbände, einen unausgesetzten Kampf, um auch den Ladenangestellten und -inhabern ein menschenwürdiges Dasein zu sichern.

Wie aus dem Gebiete der Sonntagsruhe, so ist auch der Ladenschlußgesetzgebung der Kampf nicht ohne Erfolg geblieben. — Über den 7- und 8-Uhr-Schluß hat der Weg zum geschlichen 7-Uhr-Schluß geführt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten geht noch weiter: er hält eine weitere Herabsetzung der Ladenschlußstunde durchaus für möglich und tragbar. Er findet darin die Zustimmung der einschlägigen Geschäftsinhaber. — Vor allem fordert er in diesem Jahre unbedingt die Aufrechterhaltung des erstmalig im vergangenen Jahre durchgeführten Früher-schlusses am Weihnachtsheiligabend.

Er hat dazu neben dem Reichstag erneut einen Antrag zur ausfüllender Begründung eingereicht, der verlangt:

1. die Forderung, den im letzten Jahr durch den Reichstag beschlossenen Ladenschluß wieder zu befestigen oder einzujedern, abzulehnen und statt dessen
2. für einen Ausbau des Gesetzes in dem Sinne zu sorgen, daß
 - a) der 5-Uhr-Schluß auf alle Geschäftszweige Anwendung findet,
 - b) der Ladenschluß durch ein Beschäftigungsverbot nach 5 Uhr ergänzt wird und
 - c) der 5-Uhr-Schluß zunächst auch auf die Vorabende der übrigen großen Festtage ausgedehnt wird.

Nach seiner Meinung sind die Argumente derjenigen Kreise der Ladeninhaber, die demgegenüber auf dem Standpunkte der Verrückung des Früher-schlusses am Heiligabend wie überhaupt einer geschlichen Ladenschlußzeit stehen, völlig abwegig. Die Behauptungen, der 5-Uhr-Weihnachtschluß habe angeblich zu derartigen Umsatzeinbußen geführt und einer solchen Zahl verspäteter Kaufstufen den Einkauf unmöglich gemacht, daß seine Aufrechterhaltung untragbar erscheine, steht im Gegensatz zu den Feststellungen von anderer Seite. Die für die Überwachung des Ladenschlusses zuständigen Gewerbeaufsichtsbearbeiter z. B. haben in ihrem letzten Bericht fast restlos zum Ausdruck gebracht, daß die Durchführung des Früher-schlusses ohne Schwierigkeiten vor sich gegangen sei und daß die von den Geschäftsinhabern anfänglich befürchteten wirtschaftlichen Schädigungen nicht eingetreten seien. Daß in Zeiten ungünstiger Wirtschaftslage auch die Weihnachtsumsätze geringer sind, ist eine Tatsache, die niemand bestreiten wird. Schon jetzt läßt sich voraussehen, daß der Verkauf im laufenden Jahre den des Vorjahres noch übersteigen wird. Völlig verfehlt ist es aber, diesen Rück-

gang dem früheren Ladenschluß am Weihnachtsabend in die Schuhe zu schieben. Schon im Vorjahre konnte bereits vor 5 Uhr eine auffällige Leere in den Geschäftsräumen und auch auf der Straße festgestellt werden. In diesem Jahre wird das natürlich erst recht zu beobachten sein.

Was aber jeden Käufer bestimmen sollte, seine Weihnachtseinkäufe nicht erst in den letzten Tagen vor dem Fest und auf keinen Fall am Weihnachtsheiligabend gegen



5 Uhr zu erledigen, ist die menschliche Rücksichtnahme auf die Geschäftsinhaber und ihre Angestellten. Für diese bedeuten die Weihnachtswochen eine Zeit anstrengtester Tätigkeit, die sie auf sich nehmen müssen, obgleich gerade ihre wirtschaftliche und soziale Lage keine gute ist. — Um nur ein Beispiel über die Lage der Einzelhandelsangestellten zu nennen: Die Ergebnisse der großen sozialen Erhebung, die der GdL durchgeführt hat, bringen zum Ausdruck, daß der Einzelhandel die ungünstigsten Arbeitszeitverhältnisse überhaupt aufweist. Nur etwa 25 Prozent der Einzelhandelsangestellten haben eine Arbeitszeit von wöchentlich 48 Stunden, drei Viertel aller Angestellten müssen länger beruflich tätig sein, denn sogar 14 Prozent über 54 bis 60 Stunden und 4 Prozent über 60 Stunden hinaus. Aber nicht nur in der Frage der Arbeitszeit, sondern auch in der Bezahlung, in der Urlaubsgewährung und in den Kundigungsfristen marschieren sie unter den verschiedenen Angestelltenkategorien an letzter Stelle.

Der erneute Ruf des Gewerkschaftsbundes der Angestellten:

Erlaubt das Los der Verkäufer und Geschäftsinhaber durch rechtzeitigen Einkauf!

richtet sich an die gesamte Öffentlichkeit, an alle Hausfrauen, Mütter und Weihnachtseinkäufer, besonders aber an diejenigen, die die Möglichkeit haben, ihre Einkäufe in die Vormittags- und zeitigen Nachmittagsstunden zu verlegen. Dadurch, daß die Berufstätigen zu einem großen Teil auf Erledigung ihrer Einkäufe in den späteren Nachmittagsstunden angewiesen sind, ist ohnehin ein stärkerer Andrang in den Geschäften um diese Zeit nicht zu vermeiden.

Am Weihnachtsheiligabend selbst wollen auch die Einzelhandelsangestellten und ihre Arbeitgeber, um das deutsche Weihnachten feiern zu können, die Abendstunden im Kreise ihrer Familie verbringen, nicht aber mit der Bedienung und den notwendigen Aufräumungsarbeiten, die säumige, nach 5 Uhr vorrückende Einkäufer verursachen würden, beschäftigt sein.

Vermeidet die sozialen Schädigungen, die in der Nachlässigkeit oder Gewohnheit des späten Einkaufs liegen, und beherzigt:

Nicht in den Abendstunden — nicht Sonntags und am Weihnachtsabend nicht nach 5 Uhr kaufen!

sonderes haben in diesem Jahre die Augsburgener Gewerksvereine aufgezogen. Ein Landheim haben sie sich erstellt, wie es schöner und herrlicher nicht dastehen könnte. Sie wissen, wie gerade von mir aus nicht das Landheim, sondern die weite Entfernung bekämpft wurde. Ich habe mich gerne der Mehrheit gefügt und habe nun auch mitgeholfen, es noch weiter auszubauen. Seit der Einweihung, welche einen herrlichen Verlauf nahm, muß festgestellt sein, daß der Besuch unseres Landheims ein gewaltiger ist. Und meine Beobachtungen, die ich gemacht habe, zwingen mich zu der Feststellung, daß gerade unsere Holzarbeiter an dem Besuch sehr stark beteiligt sind. Dieses Landheim soll eine Stätte der Erholung sein, nehmen sie auch für die Zukunft regen Anteil. Die Bahn mit H. L. L. kann erfrühlicht werden. Per Rad und zu Fuß kann es erreicht werden. Und jeden Sonntag und Feiertag muß es wimmeln von Kollegen und deren Angehörigen. Ich habe gefast, es muß noch weiter ausgebaut werden. Dazu brauchen wir noch Mittel. Deshalb Kollegen, auch ein Zehntel bei, werdet Einzelmitglieder, mir dadurch wird es möglich sein, das begonnene Werk zu vollenden. Neben dem Besuch aller dieser Einrichtungen und Versammlungen, es sind genau 53, mußte auch die notwendige Schreibarbeit geleistet werden. Als Einzahlung habe ich persönlich zu verzeichnen: 16 Mark, 20 Mark, als Auszahlung 11 Mark und 20 Briefe. Für kommt die Tätigkeit des Schriftführers hinzu, denn unzählige Briefe und Entschuldigungen mußten gemacht werden um die Mitglieder im laufenden zu halten. Eine starke Korrespondenz hat der Kassierer zu pflegen, beide Kollegen werden ja selbst vertriehen geübt. Für eine Reihe von Briefen in meine Höhe beim Arbeitsgericht erhoben werden und andere Briefen hier zu ihrem Rechte. Die Streitigkeiten wurden vertreten durch unseren Bezirksleiter und zum großen Teil vom Kollegen Berthold, welcher immer gerne bereit ist, auch für andere Kollegen einzutreten. Aber dieser ersten Arbeit, die Jahr um Jahr erfolgen werden, haben wir es auch nicht veräußert. Für Unterstützung zu sorgen. So ist es vor allem das Augsburgener Theater, wo wir jeden Monat 2 Vorstellungen haben und auch hier ist festzustellen, daß unsere Mitglieder hervorragend daran teilnehmen. Eine Weihnachtsfeier der Jugend hat uns sehr schöne Stunden. Der Volkstanz, der Sonntag, wurde auch mit auf die Bühne und war sehr erfolgreich, daß wir uns um ein höheres Ziel bemühen müssen. Der kommende Ball findet im Modrentopf statt. Herold, schon war die Landheim-einweihung, niemand glaubt an solche feste Veranstaltung. Der Herbst hat keine mehr am Landheim abgehalten werden. Es mußte wegen der frühen Witterung in der Haus verhalten werden. Alle Festlichkeiten waren überhört. Ein einziger Mann, keine anderen wir nicht, empfängt. Galt es den, wenn allen, die dem Landheim beizutreten zu sein. Die am 29. November im Gasthaus zum Pelikan stattgefundene Generalversammlung des Ortsvereins Augsburg des Gewerksvereins der Holzarbeiter sieht sich vor, an der ihre Führer erneut darauf hinzuweisen, daß die Erregung der Arbeiterchaft über den fortwährenden Abbau der Sozialversicherung, insbesondere über den sich in immer kürzeren Perioden wiederholenden Abbau der Arbeitslosenversicherung bereits den Höhepunkt erreicht hat und daß es unbedingt notwendig ist, daß die Gewerksvereine noch weit mehr, als es bisher geschehen ist, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einen weiteren Abbau der Sozialversicherung verhindern müssen, falls sie Interesse an der Aufrechterhaltung der Organisation haben, welche durch die schlechte Wirtschaftslage ohnehin schon aufs äußerste gefährdet ist. Der Kampf gegen den Abbau der Sozialversicherung und für die Aufrechterhaltung eines zum Leben unbedingt notwendigen Mindesteinkommens, auch des Arbeiters, durch die Gewerksvereine darf auch nicht durch die Tatsache, daß der Gewerksverein eine Minderheitsorganisation ist, beeinflusst werden, sondern gerade das tatkräftige Eintreten für die Arbeiterchaft durch den Gewerksverein wäre das beste Agitationsmittel, um aus einer Minderheitsorganisation eine Mehrheitsorganisation zu schaffen.

Ich danke allen Vertrauensleuten in den Betrieben für ihre stets rege Tätigkeit. Im besonderen möchte ich dank sagen unseren Einkassierern, sie sind die meist Angefeindeten, denn niemand zahlt gern. Immer wieder muß gesagt werden, am Einkassieren hängt das Leben der Organisation. Ich danke allen Mitgliedern für ihre Treue, die sie der Sache bewahrt haben. Nicht zuletzt danke ich unserem Bezirksleiter Kollegen Klopfer für die tatkräftige Unterstützung, die er im besonderen unserem Ortsverein angedeihen läßt. Somit danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und schließe mit den Worten: Auf zu neuen Taten auch im kommenden Geschäftsjahr, auf zu neuer Mitarbeit, jeder Einzelne auf seinem Posten und wir brauchen nicht bangen für die Zukunft.

Anschließend gab der Kassierer König den Kassensbericht. Mit gewohnter Sachkenntnis gab er, bis auf das kleinste detailliert, die Ein- und Ausgaben der einzelnen Kassen bekannt, wobei er an die Mitglieder besonders appellierte, ihre Bücher in Ordnung zu halten, um allen Unannehmlichkeiten vorzubeugen. Von Seite der Revision wurde festgestellt, daß Kasse und Bücher, sowie Belege stets in musteraktiver Weise in Ordnung befanden wurden. In der Aussprache wurde bekundet, daß sich die Verwaltung wohl alle Mühe gegeben hat, über die die schwere Krise hinwegzukommen. Im besonderen war es Bezirksleiter Klopfer, der allen Dank und Anerkennung aussprach für die geleistete Arbeit, dabei manchen Fingerzeig gab, wie wir weiter zu arbeiten haben. Eine längere Aussprache ergab sich bei der Behandlung eingegangener Anträge. Mehrere wurden abgelehnt, einige angenommen, überall gab es wieder eine Verständigung. Die Remonstration gingen unter der Leitung der Kollegen Schmid, Stahl und Schüle glatt vonstatten. Es wurden gewählt: 1. Vorsitzender Job. Seeger, Kassierer: Karl König, Schriftführer: Vitus Streit, als Beisitzer und stellvertretende Vorstandsmitglieder, sowie als Bibliothekar die Kollegen Groß und Schramm. Als Vertreter zum Ortsverband wurden Seeger und Groß gewählt. Auch die Einkassierer blieben wieder auf ihren Posten und stehen somit wieder alle erprobte Kollegen in der Führung und legt es nur an allen Mitgliedern, denselben ihre Unterstützung nicht zu versagen, damit auch für das kommende Jahr die anfallende Arbeit im Interesse unseres Gewerksvereins gemeinert werden kann. Anschließend sprach Kollege Klopfer über die Tarifänderungen im gesamten Reich mit der Forderung auf Lohnabbau. ermahnte die Kollegen zu frammer Zusammenarbeit, um das Mögliche zugunsten für die Kollegenschaft herauszuschlagen. Kollege Klopfer konnte leider nicht bis zum Schluß der Versammlung bleiben, er mußte früher abreisen, um schon Sonntag morgens anderen Verpflichtungen nachzukommen. Zu den Ausführungen unseres Bezirksleiters sprach auch noch der Ortsverbandsvorsitzende Berthold, welcher betonte, daß nicht nur im Holzgewerbe, sondern für alle Berufe gleichlautend die Verträge gekündigt wurden mit dem einen Ziele: nur der Lohnabbau kann uns retten. Eine von Kollegen Eberhardt eingebrachte Entschädigung wurde einstimmig angenommen. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen, kurzen Bemerkungen einiger Mitglieder und einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden, der nochmals die Kollegen ersuchte, alles anzubieten, um den Unternehmen standzuhalten, konnte die schönverlaufene Versammlung um 11,45 Uhr nachts geschlossen werden.

Entschädigung.

Die am 29. November im Gasthaus zum Pelikan stattgefundene Generalversammlung des Ortsvereins Augsburg des Gewerksvereins der Holzarbeiter sieht sich vor, an der ihre Führer erneut darauf hinzuweisen, daß die Erregung der Arbeiterchaft über den fortwährenden Abbau der Sozialversicherung, insbesondere über den sich in immer kürzeren Perioden wiederholenden Abbau der Arbeitslosenversicherung bereits den Höhepunkt erreicht hat und daß es unbedingt notwendig ist, daß die Gewerksvereine noch weit mehr, als es bisher geschehen ist, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einen weiteren Abbau der Sozialversicherung verhindern müssen, falls sie Interesse an der Aufrechterhaltung der Organisation haben, welche durch die schlechte Wirtschaftslage ohnehin schon aufs äußerste gefährdet ist. Der Kampf gegen den Abbau der Sozialversicherung und für die Aufrechterhaltung eines zum Leben unbedingt notwendigen Mindesteinkommens, auch des Arbeiters, durch die Gewerksvereine darf auch nicht durch die Tatsache, daß der Gewerksverein eine Minderheitsorganisation ist, beeinflusst werden, sondern gerade das tatkräftige Eintreten für die Arbeiterchaft durch den Gewerksverein wäre das beste Agitationsmittel, um aus einer Minderheitsorganisation eine Mehrheitsorganisation zu schaffen.

Breslau. Ablehnung des Breslauer Metallarbeiter-Schiedspruchs durch die Hirsch-Dunderschen Metallarbeiter und Holzarbeiter. In der stark besuchten Vertrauensmännerversammlung des Gewerksvereins deutscher Metallarbeiter und Holzarbeiter (H.-D.), Verwaltungsjahren Breslau, wurde zu dem Breslauer Schiedspruch Stellung genommen, welcher für den Lohnarbeiter einen Abbau von 5 Prozent vorsieht und dem Affordarbeiter eine Kürzung seines Verdienstes um 7,5 Prozent bringt. Mit großer Erbitterung wurde festgestellt, daß angesichts der Erhöhung der Mieten, Einführung der Kopfsteuer, Erhöhung der Jahrspreise, Erhöhung der Sozialbeiträge in der Arbeitslosenversicherung und des Abbaues der Leistungen der Kranken- und Arbeitslosenversicherung eine Verkürzung der Löhne und Affordverdienste zu einer

weiteren Verelendung der Arbeiterschaft führen wird. Verringerung der Kaufkraft der breiten Masse und weitere Absatzstodung wird die Folge sein. Senkung der Eisen- u. Kohlenpreise, der Frachtkosten, des Kapitalzinses, der Lebensmittel und Bedarfsartikel und Senkung der überhöhten Direktorengehälter sind der Weg, die deutsche Wirtschaft wieder vorwärts zu führen. Die Vertrauensmännerversammlung der Gewerksvereine kann daher einer weiteren Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft nicht zustimmen und lehnt daher den Schiedspruch ab.

Das Unglücksjahr 1930

in dem durch Bergwerks- und Schiffskatastrophen, Erdbeben und Flugunfälle tausende von blühenden Menschenleben innerhalb weniger Minuten dahingerafft wurden, neigt sich seinem Ende zu. Das nahe Weihnachtsfest wird für die Angehörigen dieser Opfer besonders dann kein Fest der Freude sein, wenn der Ernährer Weib und Kind schutzlos zurücklassen mußte. Sollte daher nicht jeder von uns, weil wir alle stündlich von Gefahren bedroht sind, solchen Schutz durch Abschluß einer Versicherung bei unserer Deutschen Lebensversicherung Gemeinnützigen Aktien-Gesellschaft (Berlin-Friedenau, Hähnelstr. 15 a) suchen?

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Verbände Ortsgruppe Berlin.

Für Arbeiter und Angestellte sind in den letzten Wochen Hunderte von Tarifverträgen gekündigt worden, damit die Arbeitgeber freie Bahn für den Lohn- und Gehaltsabbau haben.

Und wo bleibt der Preisabbau?

Gewerkschaftliche Aktivität ist für alle Arbeitnehmer jetzt notwendiger als je zuvor. Die freiheitlich-nationalen Gewerkschaften halten es für ihre besondere Pflicht, in dieser ersten Stunde ihre Vertrauensleute und Funktionäre zu einer großen

Protestkundgebung einzuladen.

Montag, den 15. Dezember, 20 Uhr sprechen im „Deutschen Hof“, Ludauer Straße, am Moritzplatz Mag. Köstlicher MdR. und A. Czieslik MdR. über das Thema:

Preisabbau??

Lohn- und Gehaltsabbau!!

Wir laden alle Funktionäre und Mitarbeiter der dem Gewerkschaftsring angeschlossenen Gewerkschaften zu dieser Protestkundgebung mit der Erwartung ein, daß niemand fehlen wird.

Die Kundgebung muß eine gewaltige Demonstration gegen die Verelendung der Arbeitnehmer werden!

Mit kollegialem Gruß

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Verbände. Ortsgruppe Berlin.

Ad. Kahlen, E. Jordan, Vorsteher, stellv. Vorsteher und die Ortsgruppen der angeschlossenen Verbände:

Allgemeiner Eisenbahner-Verband. — Allgemeiner Verband der Versicherungs-Angestellten. — Fachorganisation der Filmschaffenden. — Deutscher Bankbeamten-Verein. — Gewerkschaftsbund der Angestellten. — Reichsbund technischer Assistentinnen. — Verband der Deutschen Gewerksvereine (H.-D.).

Fahrtverbindung nach dem Moritzplatz: U-Bahn Moritzplatz, Autobus 11 und 30, Straßenbahn 1, 27, 28, 128, 29, 35, 36, 41, 44, 47, 147, 43, 92, 93 und 98.

Sprech- **Werbe**
 maschinelle, **jeder für den**
 Druck- und **Gewerksverein!**
 Druck- und **Preisliste mit Hochdruck**
 Druck- und **gratis. E. M. Voske, Ham-**
 Druck- und **burg 13, Schröderstraße.**

Einheitliche
Verbandsabzeichen!
 Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Verbandsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Verbandsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In derselben Aufmachung sind wieder, wie vor dem Kriege, Manschettenknöpfe angefertigt zum Preise von 1,20 Mk. das Paar. Auch diese sind wie die Verbandsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen. Desgleichen sind Jubiläumsabzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberkranz und der Zahl 25 in der Spitze für 2,50 Mk. das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.